economiesuisse

Internationale Regeln erneut vertagt

Die Klimakonferenz von Madrid endete ohne Ergebnisse. Die Schweizer Wirtschaft bedauert es, dass der Entscheid für ein abgestimmtes globales System mit einheitlichen Rahmenbedingungen erneut auf die lange Bank geschoben wurde. Da die Politik beim Klimawandel blockiert ist, spielt die Privatwirtschaft eine immer wichtigere Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels.

Vergangenen Sonntag schloss die Klimakonferenz von Madrid (COP25) nach einem Verhandlungsmarathon und mit 40 Stunden Verspätung. Das Ergebnis war für sämtliche Beteiligten enttäuschend, es wurden keine bedeutenden Fortschritte erzielt. Für die ambitionierten Vorgaben des Pariser Abkommens von 2015 wird die Zeit nun knapp. Bis zum nächsten Gipfel in Glasgow 2020 müssen die Staaten definieren, wie sie die darin definierten Vorgaben umsetzen werden.

Kein Marktmechanismus für internationale Zusammenarbeit

Aus Sicht der Wirtschaft ist es besonders enttäuschend, dass es verpasst wurde, robuste internationale Spielregeln zu definieren, um die globalen Herausforderungen gemeinsam angehen zu können. economiesuisse hatte dies im Vorfeld entschieden gefordert. Die Schaffung eines Marktmechanismus für Emissionsverminderungen im Ausland war denn auch ein zentrales Ziel der COP25. Dr. Gunthard Niederbäumer (Leiter Schaden- und Rückversicherung beim SVV und Mitglied der Schweizer Delegation an der COP25) zeigt sich enttäuscht, dass dieses Ziel verfehlt wurde: «Bereits an der letztjährigen Konferenz scheiterte ein wirkungsvoller Mechanismus am Widerstand einzelner weniger Länder. Man verhandelte lange, um eine Definition zur internationalen Anrechnung der Emissionsverminderungen im Ausland zu finden, die keine Schlupflöcher oder Doppelzählungen ermöglicht. Trotz zweier Wochen intensivster Gespräche konnte keine Einigung gefunden werden und das Thema wurde wiederum um ein Jahr verschoben.» Dies ist zwar bedauernswert, es liegt aber letztlich auch im Geiste des Abkommens von Paris, dass Emissionsverminderungen im Ausland keine Schlupflöcher bieten. Lieber verhandelt man nochmals ein Jahr, statt das System über viele Jahre zu korrumpieren und die Ziele aus dem Pariser Abkommen zu gefährden.

Eine weitere, unter den Konferenzteilnehmern umstrittene Frage war, wieweit die Industrieländer für Schäden durch den Anstieg des Meeresspiegels, Wüstenbildung und Hurrikans aufkommen müssen. Dies insbesondere in den ärmsten Ländern, die mit der Bewältigung dieser Schäden oft überfordert sind.

Hier zeigten sich die entwickelten Länder nicht bereit, unter dem Pariser Abkommen finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Wirtschaft übernimmt Verantwortung

Während es auf politischer Ebene haperte, hatte die Wirtschaft in Madrid einen starken Auftritt. Sie konnte aufzeigen, dass sie einen wichtigen Teil zur Reduzierung des CO_2-Ausstosses und zur Anpassung an den Klimawandel leistet. Neben zahlreichen Auftritten an den Side Events und starken Vorträgen wurden auch zwei wegweisende Initiativen vorgestellt. Einerseits verpflichten sich 177 Unternehmen, davon sieben aus der Schweiz, eigene Klimaziele festzulegen. Diese Ziele orientieren sich an der Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad Celsius. Ausserdem wollen sie bis 2050 Netto-Null-Emissionen erreichen. Die Unternehmen haben sich in der Gruppe «Business Ambition for 1.5°C – Our Only Future» zusammengeschlossen. Sie verpflichten sich zur Festlegung wissenschaftsbasierter Ziele, die im Einklang mit den aktuellen Erkenntnissen der Klimaforschung sind.

Andererseits bewegt sich auch die Finanzbranche bezüglich Klimafragen: Nicht weniger als 631 institutionelle Investoren, die mehr als 37 Billionen Dollar an Vermögen verwalten, forderten die Regierungen der Welt an der COP25 auf, die Stromerzeugung aus Kohle weltweit abzuschaffen, einen «sinnvollen» Preis für CO_2-Emissionen festzulegen, die Subventionen für fossile Brennstoffe zu beenden und die national festgelegten Beiträge zur Erreichung der Ziele des Pariser Abkommens zu verstärken.